

## **Kurzmeldungen 09/15**

### **Flüchtlinge weltweit**

Im Jahr 2014 gab es laut UNHCR weltweit 10 Mio. Staatenlose und 59,5 Mio. Zwangsmigranten, wozu 19,5 Mio. Flüchtlinge, 38,2 Mio. Binnenvertriebene und 1,8 Mio. Asylsuchende zählen (UNHCR 2015). Die meisten Flüchtlinge kamen aus den Ländern Syrien (3,88 Mio.), Afghanistan (2,59 Mio.) und Somalia (1,11 Mio.). 2,4 Mio. und somit 86 % aller Flüchtlinge befanden sich 2014 in Entwicklungsländern des Globalen Südens.

3,6 Mio. der Flüchtlinge flohen aus den am wenigsten entwickelten Ländern vor allem aus ihrem Heimatland in benachbarte Länder, um Asyl zu suchen, so daß die meisten Flüchtlinge in ihren Herkunftsregionen bleiben. Folglich befinden sich beispielsweise die meisten syrische Flüchtlinge im Libanon, der Türkei oder Jordanien, afghanische Flüchtlinge in Pakistan und im Iran, sowie südsudanesische und kongolesische Flüchtlinge in Uganda.

Dabei flohen 2014 im Durchschnitt täglich ca. 42 500 Menschen vor Verfolgung und Konflikten, was einen deutlichen Anstieg zu 2013 mit täglich ca. 32 200 Menschen und 2012 ca. 23 000 Menschen zeigt. Auch der Anteil fliehender Kinder unter 18 Jahren wuchs von 41 % aller Flüchtlinge im Jahr 2009 und 50 % 2013 auf 51 % 2014.

Flüchtlingsbewegungen sind vielmehr dynamisch und lang andauernd. Somit können Personen, die vor Konflikten fliehen, über Wochen und Monate in einem Aufnahmeland ankommen. Wenn Konflikte über Jahre oder gar Jahrzehnte anhalten, dann können wiederkehrende Wellen auftreten, die zeitlich verschobene Ankünfte von Flüchtlingen zeigen.

Flüchtlingssituationen halten über viele Jahre an, weil keine der dauerhaften Lösungen binnen kurzer Zeit nach der Flucht umsetzbar sind. Es entstehen Langzeitsituationen bei denen 25.000 oder mehr Flüchtlinge derselben Nationalität seit fünf oder mehr Jahren in einem bestimmten Asylland im Exil leben“. Ihre durchschnittliche Dauer wird auf 20 Jahre geschätzt.

Im Jahr 2014 waren 6,4 Mio. und somit 45 % aller Flüchtlinge in 33 Langzeitsituationen gefangen, die in 26 Aufnahmeländern hauptsächlich im Globalen Süden verortet waren. Von den 33 Langzeitsituationen weltweit bestehen 12 Situationen seit 30 oder mehr Jahren, 12 Situationen seit 20 bis 29 Jahren, 6 Situationen seit 10 bis 19 Jahren und 3 Situationen seit weniger als zehn Jahren.

Flüchtlingsrechte stellen Menschenrechte dar, die einen besonderen Schutz gewähren. Dies heißt für den Flüchtlingsschutz, daß eben nicht nur Grundbedürfnisse befriedigt, sondern dass politische und bürgerliche sowie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte gewährt werden müssen. Dafür müssen systematisch Räume zur Entwicklung und Entfaltung für diese Personen geschaffen werden. Ein solcher Ansatz kann in die Entwicklungszusammenarbeit eingebracht werden, um Friedens- und Investitionsbemühungen in der Zukunft in diesen Ländern zu unterstützen.

Quelle: „Friedenslogischer Flüchtlingsschutz“, CCS Policy Paper 3, Philipps-Universität Marburg

### **Flüchtlinge in Europa**

Die EU hat zugesagt, im Verlauf der nächsten 2 Jahre 40.000 Menschen - vor allem syrische und eritreische Schutzsuchende - aus Italien (24.000) und Griechenland (16.000) zu verteilen. Dabei sind allein in den ersten Monaten diesen Jahres bereits weit mehr als 100.000 Flüchtlinge in diesen Grenzstaaten angekommen. Die Ankunfts zahlen im

krisengeschüttelten Griechenland haben sich im Vergleich zum Vorjahr versechsfacht, 55.000 Schutzsuchende landeten hier im ersten Halbjahr 2015 neu an.

Der Großteil der Flüchtlinge, die nun in der EU ankommen, stammt: Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea, Somalia. In einem rechtsstaatlichen Asylverfahren haben diese Personen in der EU eine sehr hohe Chance auf eine Flüchtlingsanerkennung, abschieben kann man aus diesen Gruppen niemanden. Eine verschärfte Rückführungspolitik als Lösungsansatz für die aktuelle Krise zu präsentieren, ist abwegig.

Daß die EU die Aufnahme von insgesamt 20.000 syrischen Flüchtlingen aus der Krisenregion angekündigt hat, ist völlig unzureichend. Seit Ausbruch des Krieges sind mehr als 4 Mio. Menschen aus Syrien geflohen, von denen 2 Mio. Personen alleine in der Türkei aufgenommen wurden. In Deutschland liegen 60.000 Anträge von Menschen vor, die darauf hoffen, über ein Bundesprogramm zu ihren Verwandten nach Deutschland kommen zu können. Wenn die Bundesrepublik weiter auf Europa wartet, lässt sie die Familien der 130.000 Syrer im Stich, die in Deutschland leben.

Quelle: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009262.html> , 26.6.15, PRO ASYL

### **Flüchtlingsdebatte in Brüssel**

Die Debatte in Brüssel dreht sich um die Einrichtung von Aufnahmezentren (Hot Spots) an den EU-Außengrenzen, um Verteilungsquoten und um sichere Herkunftsländer.

Die EU-Kommission plant die Festsetzung tausender Flüchtlinge in den EU-Außengrenzstaaten ohne Schutzperspektive. Damit wird die individuelle Einzelfallprüfung im Asylverfahren eingestellt.

Innerhalb der EU war die EU-Kommission mit dem Ziel gescheitert, 40.000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien umzuverteilen. Nach ernüchternden Verhandlungen zeigten sich die Mitgliedstaaten bereit, auf freiwilliger Basis rund 32.000 Flüchtlingen Asyl anzubieten. Nun schlägt die EU-Kommission vor, weitere 120.000 Flüchtlinge innerhalb der EU umzuverteilen. Aber sie wird von der Realität überholt. Allein in Griechenland sind bisher über 250.000 Schutzsuchende seit Anfang 2015 angekommen. Gleichzeitig soll weiterhin am Dublin-System festgehalten werden, das ersichtlich gescheitert ist.

Quelle: Pro Asyl 9.9.15.

### **Flüchtlinge in Deutschland**

Im Jahre 2014 wurden etwa 170.000 Asylanträge gestellt. 31% wurden anerkannt (2015 schon 35%). 26% erhielten die Flüchtlingsanerkennung nach der Genfer

Flüchtlingskonvention, weitere 4% erhielten europarechtlichen subsidiären Schutz, für 1,6% wurden nationale Abschiebungsverbote verhängt.

35% kamen als "formelle Erledigungen" gar nicht zur Entscheidung: In mehr als der Hälfte dieser Fälle wurde nach der Dublin-Verordnung ein anderer EU-Staat für zuständig befunden.

Alleinstehende Flüchtlinge erhalten derzeit 143 Euro "Taschengeld" im Monat. Einer vierköpfigen Familie mit Kindern unter sechs Jahren stehen 426 Euro zu. In den 90er Jahren wurden in vielen Kommunen Hygiene- und Lebensmittel oder Gutscheine ausgeteilt. Wegen der hohen Logistik- und Verwaltungskosten wurde diese Praxis jedoch weitgehend eingestellt.

Die bayerische Staatsregierung plant nun, Leistungskürzungen für Personen aus sicheren Herkunftsländern auszuweiten und wieder Gutscheine einzuführen. Das BVerfG hat in seiner Grundsatzentscheidung zum AsylbLG 2012 festgestellt, daß die Menschenwürde, aus der das Grundrecht auf ein Existenzminimum hergeleitet wird, nicht migrationspolitisch relativiert werden darf. Sozialkürzungen zur Abschreckung von unerwünschten MigrantInnen oder Flüchtlingen sind mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.

Auch die Arbeitsverbote, die Bayern vorschlägt, sind mit EU-Recht nicht vereinbar. Nach der Aufnahmerichtlinie besteht ein Recht auf Zugang zum Arbeitsmarkt nach 9 Monaten Aufenthalt. Die Forderung Bayerns, Beschäftigungserlaubnisse für Personen, die aus sicheren Herkunftsländern kommen, zu versagen, ist damit nicht vereinbar.

Quelle: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009262.html> , Pro Asyl, 26.6.15

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009304.html> , Pro Asyl 22.7.15

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009338.html> , Pro Asyl 17.8.15

### **Afrikas Situation**

Afrika ist bettelarm, fast jeder zweite Schwarzafrikaner lebt unterhalb der absoluten Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar pro Tag.

Streng genommen befinden sich die meisten afrikanischen Länder noch immer in der vorindustriellen Zeit. Industrielle Produktion ist nahezu nicht vorhanden, bei den Exportgütern dominieren Rohstoffe und Agrargüter, Fertigprodukte nehmen nur einen verschwindend geringen und immer kleineren Teil ein. Waren 1980 noch 1,6 % der afrikanischen Exporte Fertigwaren, so sind es heute nur noch 0,8 %. Das große Problem der gesamten afrikanischen Wirtschaft ist deren rückständige Produktivität, die sämtliche Sektoren betrifft. Daher können afrikanische Güter und Produkte, die auch in anderen Regionen hergestellt werden können, sich in einem freien und offenen Markt auch nicht durchsetzen.

Heute dominieren chinesische oder EU-Agrarprodukte die afrikanischen Märkte. Gegen industriell produzierte und subventionierte Produkte aus Europa können lokale Produzenten preislich nicht bestehen. Die Folge ist, dass sie vom Markt verschwinden. 1990 stammten beispielsweise noch 80 % des in Ghana verkauften Geflügelfleischs aus heimischer Produktion. Heute sind es nur noch 10 %.

Afrikanische Staaten, wie der Senegal, werden über Handelsabkommen dazu genötigt, Fischereikontingente an EU-Unternehmen abzutreten. In der Folge fischen dann europäische Fabrikschiffe den Ostatlantik leer. NGOs schätzen, dass rund ein Fünftel der afrikanischen Flüchtlinge "Fischerei-Migranten" sind. Viele ehemalige Fischer nutzen dabei ihre Boote, um ihre Landsleute gegen Gebühr in die gelobten Länder des Nordens zu transportieren.

Quelle: NachDenkSeiten – 21.8.15 <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009346.html>

### **Türkei /Syrien-Konflikt**

Die kurdische PKK hat sich während des Bürgerkrieges im Iran und in Syrien als einzige Kraft für die Rettung vom IS verfolgter religiöser Minderheiten erfolgreich eingesetzt. Jetzt hat sie fast einen zusammenhängenden Korridor im Irak und Syrien erobert.

Deshalb will die Türkei dies verhindern und greift massiv die PKK-Stellungen mit ihrer Luftwaffe an. Dabei muss die Türkei aber den Kampf gegen die PKK irgendwie mit dem Kampf gegen den IS verknüpfen. Indem sie ebenfalls einige IS-Stellungen angreift, versucht sie ihren Eingriff in den Bürgerkrieg um die Zukunft der Levante nach dem nahen Untergang von Assads Diktatur in Syrien zu legitimieren. Die türkischen Kampfflugzeuge haben bisher zehnmal mehr Einsätze gegen Stellungen der PKK als gegen jene des IS geflogen.

Bisher hatten die Syrische Luftwaffe und die syrischen Geheimdienste mit dem IS eng kooperiert und dessen Überleben gesichert. Bei ihrem Aufstieg zur Macht benutzt der IS barbarische Methoden längst vergangener Zeiten, um sehr moderne Ziele zu erreichen. Jetzt übernimmt der NATO-Staat Türkei noch stärker die Rolle, die bisher die Syrer

spielten. Die türkischen Militärstrategen nutzen den IS, einer totalitär-faschistischen Geheimorganisation, die sich nach außen einen religiösen Anschein gibt. Überall wo sie sich ausbreitet, baut sie ein Spinnennetz von „Gotteskriegern“ auf, die mit einer im arabischen Raum bisher unerreichten militärischen Präzision mit verdeckten Methoden operiert. Wenn man das weiß, dann fragt man sich wer hier mit wem spielt: die Türkei mit dem IS oder umgekehrt.

Im Mai 2015 führten US-Spezialeinheiten eine Geheimoperation im Osten Syriens durch. Abu Sayyaf, ein IS-Kommandant, sollte verhaftet und ausgeflogen werden. Das gelang nicht. Er wurde bei einem Feuergefecht erschossen. Dafür fanden die US-Soldaten Hunderte von Festplatten und Dokumente, die einen tiefen Einblick in die Organisationsstruktur des IS liefern. Abu Sayyaf war für die Erdöl- und Gasgeschäfte verantwortlich und hielt jedes Detail fest. Es gab direkte Beziehungen zwischen türkischen Offiziellen und führenden IS-Mitgliedern. Etwa 40 Mio. Dollar soll der IS bis vor Kurzem jeden Monat mit Erdöl und Gas verdient haben. Ein Großteil davon wurde von Syrien und dem Irak aus in die Türkei verkauft.

Die IS-Bewegung nutzt bisher überwiegend Propaganda für die Erreichung ihres unmittelbaren Ziels: die Eroberung der gesamten islamischen Welt, um zuerst die Araber zu einigen und sich erst dann gegen die „Ungläubigen“ im Westen zu wenden. Ein riesiger Vorrat an Verbitterung hat sich - ungesehen und unbemerkt von den Mächtigen des Westens - in der arabischen Welt angehäuft.

Bereits unter Nasser gab es einen Versuch, einen panarabischen Nationalismus zu schaffen. Es bildeten sich auch Bath-Parteien in Syrien und im Irak. Und jetzt haben sich deren Reste mit den Islamistischen Haßpredigern zum IS zusammengefunden, die die islamische Vergangenheit idealisieren und den Anspruch erheben, man wolle sie neu beleben.

Inzwischen versucht auch Russland seinen Mittelmeerstützpunkt in Syrien zu erhalten und mischt sich nun auch noch in diesen Krieg ein.

Quellen: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tuerkei/kommentar-erdogans-krieg-gegen-die-kurden-13725921.html> , FAZ, 30.7.15,

Buch „Die schwarze Macht“ von Christoph Reuter

<http://www.welt.de/politik/ausland/article144515801/Warum-laesst-Erdogan-die-Terrormiliz-IS-jetzt-fallen.html> , 27.7.15

[www.lebenshaus-alb.de/magazin/009372.html](http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009372.html) , Uri Avnery: „Die wirkliche Gefahr“

## **Rüstungsexporte**

Noch 2015 soll in der Außenwirtschaftsverordnung die Möglichkeit geschaffen werden, vor Ort zu überprüfen, ob deutsche Waffen auch dort geblieben sind, wohin sie mit Genehmigung der Bundesregierung geliefert werden durften. Der Endverbleib deutscher Kriegswaffen soll künftig auch im Nachhinein überprüft werden. Das Kabinett hat dem Vorhaben nach vielen bekannt gewordenen Skandalen der letzten Zeit zugestimmt und Eckpunkte dafür verabschiedet.

Problematisch ist, dass dies nur "grundsätzlich" gelten soll. Mit anderen Worten: Es soll auch Ausnahmen geben. Die wesentlichen Ausnahmen zeichnen sich bereits in den Eckpunkten ab: Die neue Regelung soll nur für Drittländer gelten. Nicht betroffen ist also die große Gruppe der EU-Staaten, der NATO-Staaten und der diesen exportrechtlich gleichgestellten Staaten, also zum Beispiel Japan, Australien oder die Schweiz. In diesen Ländern soll es auch weiterhin keine Kontrollen geben.

Quelle: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009288.html> , BITS

## **Atomvertrag mit Iran**

Das über 100-seitige Dokument mit fünf Anhängen unterwirft das iranische Nuklearprogramm für eine Laufzeit von 10 bis 25 Jahren sehr weitreichenden Beschränkungen und internationalen Kontrollen. Damit soll eine geheime Entwicklung von Atomwaffen gestoppt werden.

Von den bisher insgesamt 19.100 installierten Zentrifugen zur Urananreicherung sind derzeit 10.000 in Betrieb. Sie sollen auf 6.104 reduziert werden. In den ersten 10 Jahren nach Inkrafttreten des endgültigen Abkommens dürfen 5.060 zur Urananreicherung betrieben werden. Für 15 Jahre darf Iran Uran maximal auf den Grad von 3,67 % anreichern, der erforderlich ist zur Herstellung von Brennstäben für die Energieerzeugung in Atomkraftwerken. Die IAEO kontrolliert 25 Jahre lang sämtliche Uranminen und Fabriken zur Verarbeitung von Natururan. 97,5 % der im Iran bereits existierenden Vorräte von knapp 12.000 t auf den Grad von 5-20 % angereicherten Urans sollen entweder auf den Grad von 3,75 % verdünnt oder nach Russland exportiert werden, wo sie zu Brennstäben für iranische Atomkraftwerke verarbeitet werden. Im Iran verbleiben 300 Kilo. Die Schwerwasseranlage in Arak wird so umgebaut, dass in ihr kein Plutonium erzeugt werden kann. Der Iran darf keine neuen Schwerwasseranlagen bauen.

Die ebenfalls vom Sicherheitsrat verhängten Restriktionen für die iranische Raketenrüstung laufen nach acht Jahren aus.

Sollte der Iran nach einer Aufhebung von Wirtschaftssanktionen und Rüstungsrestriktionen gegen seine vertraglichen Verpflichtungen verstoßen, treten die UN-Sanktionen nach 30 Tagen automatisch wieder in Kraft - selbst wenn eines der fünf ständigen Ratsmitglieder sein Veto dagegen einlegen sollte.

Quelle: taz 14.7.15 <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009290.html>

## **Eon**

Die Atomkraftwerke bleiben vorerst bei Eon. Doch in den kommenden Verhandlungen mit der Bundesregierung wird das Unternehmen erneut versuchen, seine Zahlungsverpflichtungen zu reduzieren. Letztlich ist dieser Rückzug nach der Vorstellung von Gabriels Nachhaftungsgesetz auch der Beweis dafür, dass es bei der gescheiterten Abspaltung der Atom-Sparte in erster Linie darum ging, die Kosten den Steuerzahlern aufzudrücken.

Eon-Chef Johannes Teysen verfolgt den Plan einer Atom-Stiftung weiterhin trotz des Rückschlags bei der Aufspaltung konsequent weiter. Das ist das Ziel der Branche in den kommenden Verhandlungen mit der Bundesregierung.

Eine neue Kommission soll über die Aufteilung der Atom-Folgekosten zwischen Konzernen und Staat verhandeln. Mit am Tisch sitzt dann Michael Vassiliadis, Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Vassiliadis hat gerade kürzlich im Schulterchluss mit RWE und Vattenfall Gabriels Klimaabgabe für Braunkohlekraftwerke gekippt und stattdessen mehrere hundert Millionen Euro für die Konzerne rausgeschlagen. Und wer weiß, ob die AKW dann nicht doch noch bei der Eon-Abspaltung Uniper landen.

Quelle: ausgestrahlt 10.9.15, <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009369.html>

## **Castor-Rückführung**

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat ein Gesamtkonzept zur Rückführung der radioaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung in Frankreich und England vorgelegt. Danach sollen die insgesamt 300 Castor-Behälter aus den WAAs in einem bundesweit ausgewogenen Verhältnis auf insgesamt vier Zwischenlager verteilt werden.

Jetzt sollen im Standortzwischenlager Philippsburg in Baden-Württemberg die fünf Behälter mit verglasten mittelradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung in Frankreich aufbewahrt werden. Auf die Zwischenlager an den Standorten Biblis (Hessen), Brokdorf (Schleswig-Holstein) und Isar (Bayern) sollen die insgesamt 21 Castoren mit verglasten hochradioaktiven Abfällen aus der WAA Sellafield verteilt werden. Begonnen wird mit den fünf Behältern aus Frankreich im Jahr 2017 und danach die weiteren Tranchen bis 2020 aus Großbritannien. Einseitige Festlegungen des Bundes seien "politisch unklug und dreist." erklärte Staatskanzleichef Marcel Huber (CSU) dazu. Hinzu kommen 1.100 Behälter mit Metall, das für die Brennelementehüllen verwendet wurde und 500 Behälter mit bestrahlten Brennelementen aus dem Betrieb von Forschungsreaktoren. Zusätzlich müssen rund 600.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus der Asse, aus der Urananreicherung, aus AKWs und der Industrie eingeplant werden.

Quelle:

[http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Nukleare\\_Sicherheit/castoren\\_rueckfuehrung\\_gesamtkonzept\\_bf.pdf](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nukleare_Sicherheit/castoren_rueckfuehrung_gesamtkonzept_bf.pdf) , BUM 20.6.15  
energiezukunft.eu

### **Erneuerbare Energie**

Die EU hat sich bis zum Jahr 2020 verbindliche Einsparziele für den Anteil an Erneuerbaren Energien von 20% und für den Anteil der Nutzung erneuerbarer Energien im Verkehrssektor von 10% verpflichtet.

Die EU-Kommission hat nun ihren Fortschrittsbericht zu den Erneuerbare-Energien-Zielen für 2020 veröffentlicht. Die EU-Mitgliedsstaaten erreichten im Jahr 2014 einen Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch von 15,3 %. 30 % des gesamten vermiedenen Einsatzes fossiler Brennstoffe im Jahr 2013 waren darauf zurückzuführen, dass Erdgas durch erneuerbare Energien ersetzt wurde. Ökostrom hat im ersten Halbjahr 2015 mit % zum gesamten Stromverbrauch in Deutschland beigetragen. Der Anstieg basiert maßgeblich auf dem starken Ausbau der Windenergie

Im Verkehrssektor wurde bisher ein Erneuerbare-Energien-Anteil von 5,7 % im Verkehrssektor im Jahr 2014 erreicht.

Quelle: [http://europa.eu/rapid/attachment/IP-15-5180/de/Anhang%20RES\\_DE.pdf](http://europa.eu/rapid/attachment/IP-15-5180/de/Anhang%20RES_DE.pdf) , 16.6.15

### **Energiewende**

Mit dem Energiewende-Kompromiss der Bundesregierung ist das deutsche CO<sub>2</sub>-Einsparziel nicht mehr erreichbar. Statt einer Klimaabgabe auf alte Kohlekraftwerke und somit Geld einzunehmen, zahlen wir nun den Kraftwerksbetreibern Geld. Dabei ist aufgrund der Überkapazitäten in Deutschland und Europa nicht davon auszugehen, dass die eingeplanten Kohlestrom-Reserven jemals sinnvoll genutzt werden können.

Statt der geplanten 22 Mio t CO<sub>2</sub>-Einsparungen wird der Kraftwerksektor nur noch 12,5 Mio t weniger CO<sub>2</sub> verursachen. Dafür soll die Förderung der Kraftwärme-Kopplung (KWK) ausgebaut werden. Für die Mehrkosten soll der Strompreis für die Stromverbraucher deutlich steigen. Parallel dazu hat die Bundesregierung auch Entscheidungen zum Netzausbau getroffen.

Mit den Einnahmen durch die Klimaabgabe sollten zusätzliche Zertifikate aus dem europäischen Emissionshandel stillgelegt werden. Das entfällt nun. Rechnet man das mit ein, können effektiv nur maximal drei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden.

Der Bundesverband Solarwirtschaft schlägt vor, die Förderung der KWK-Anlagen die mit fossiler Energie betrieben werden auf die Heizperiode zu beschränken. Im Sommer könnten besser Solarthermie-Anlagen in die Wärmenetze einspeisen und mittelfristig bis zu fünf Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr einsparen.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/19131-qdeutschland-sagt-sein-klimaziel-abq> , 2.7.15

<http://www.sonnenseite.com/de/energie/energieexperten-fordern-sommerpause-fuer-fossile-kraftwerke.html> , 6.7.15

[http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima\\_und\\_energie/150608\\_bund\\_klima\\_energie\\_kwk\\_standpunkt.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/150608_bund_klima_energie_kwk_standpunkt.pdf)

### **Frankreich schaltet 22 AKW ab**

75% des nationalen Strommix deckt Frankreich derzeit aus Nuklearenergie aus 58 AKWs. Der Atomkraftanteil soll in den kommenden zehn Jahren um 25% auf 50% gesenkt werden. Dazu sollen 22 AKWs abgeschaltet werden. Das hat die französische Nationalversammlung beschlossen.

Der Anteil des Ökostroms soll dafür in den kommenden 15 Jahren auf 40% ansteigen.

Dazu sollen 400 Millionen Euro investiert werden, unter anderem in Offshore-Windenergie.

Quelle: <http://www.sonnenseite.com/de/politik/energiewende-auf-franzoesisch-22-atomkraftwerke-vor-abschaltung.html> , 23.7.15

### **Pariser Klimagipfel**

Die USA und China wollen sich jetzt beim Klimagipfel erstmals gemeinsam für Klimaschutz einsetzen. Deshalb sind in Paris die Chancen größer als in allen 20 Vorkonferenzen.

Die entscheidende Unterstützung für seine Klimapolitik erhält Präsident Obama von der Wirtschaft.

In den Vorverhandlungen wurde deutlich: Das 2°-Ziel soll erneut wie beim Kyoto-Protokoll beschlossen werden. Die Summe aller freiwilligen „beabsichtigten national festgelegten Beiträge“ zum Klimaschutz (engl. INDC) aller Einzelstaaten soll im Paris Protokoll durch nicht verpflichtende, jederzeit widerrufbare „Beiträge“ aller Staaten ersetzt werden.

Nimmt man die Selbstverpflichtungen aller G7-Länder als alleinigen Maßstab, würde sich die Welt auf einen Temperaturpfad von über drei Grad bis zum Ende des Jahrhunderts begeben. Bleiben die Ziele der Staaten bis 2030 unverändert, ist es nicht mehr erreichbar, den Klimawandel möglichst weit unter der Hochgefahrenngrenze von maximal 2° C zu begrenzen. In Paris muss deshalb ein Abkommen verabschiedet werden, das alle 5 Jahre wirkungsvoll mehr Klimaschutz von Ländern einfordert. Wenn man sich als internationale Gemeinschaft das Ziel setzt, den globalen Temperaturanstieg auf weniger als 2 Grad zu begrenzen, dann braucht man auch ein Abkommen, das dazu die Möglichkeit lässt. Wir brauchen deshalb alle 5 Jahre Nachbesserungsrunden für Klimaziele und Klimafinanzierung.

Quelle: <http://www.sonnenseite.com/de/tipps/vor-der-klima-schluss-konferenz-in-paris.html>  
27.6.15

[http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/bonner-klimaverhandlungsrunde-vor-paris.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2005.%20September%202015%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/bonner-klimaverhandlungsrunde-vor-paris.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2005.%20September%202015%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) , 1.9.15

<http://germanwatch.org/>

## **El-Niño**

Dieses Jahr hat sich der Pazifik allerdings besonders stark aufgeheizt. In den nächsten Monaten werde die Wassertemperatur an seiner Oberfläche zwei Grad über dem Durchschnitt liegen, heißt es in der NOAA-Prognose. Solche Werte wurden bisher nur bei drei El-Niño-Ereignissen gemessen.

Dieser El Niño könnte zu den stärksten seiner Art seit Beginn der Aufzeichnungen 1950 werden", sagte Mike Halpert, Vizechef des NOAA-Klimaprognosezentrums, in der US-Hauptstadt Washington.

Bis zum kommenden Frühjahr wird das Wetterphänomen möglicherweise andauern, bei dem die Oberfläche in einem Teil des tropischen Pazifiks monatelang mindestens ein halbes Grad Celsius über dem Durchschnitt liegt, woraufhin sich die Strömungsrichtung – normalerweise von Peru nach Indonesien – umkehrt. Die dann von Südostasien nach Südamerika fließenden riesigen Mengen warmen Wassers können in großen Teilen der Erde Wetterextreme hervorrufen. Außerdem ist die globale Temperatur einige Monate nach einem El Niño oft besonders hoch.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/forschung/nachricht/19385-experten-kuendigen-mega-el-nino-an> , 15.8.15

## **Sulfatwerte in der Spree**

Die Braunkohlereviere in der Lausitz sorgen für Streit: Sie belasten die Spree mit Sulfat, weswegen die Hauptstädter um ihr sauberes Trinkwasser fürchten. Sulfat ist schweflige oder Schwefelsäure. Und das bedeutet, dass unsere ganze Infrastruktur die aus Beton besteht, also Rohrleitungen aus Beton, Wasserwerke, Klärwerke schneller kaputtgehen als eigentlich geplant, weil der Sulfat-Gehalt sehr hoch ist.

Die Trinkwasserverordnung sagt, bei lebenslangem Gebrauch von bis zu 250 mg gibt es keine Probleme. Das ist auch für Babynahrung geeignet. Bei höheren Werte gibt es Einschränkungen für Kleinkinder und ab ungefähr 600 mg Sulfat würde man auch beim Erwachsenen Durchfallerkrankungen feststellen können.

Bei der letzten kurzen Steigerung, war der Trinkwassergehalt dann schon in Richtung 200 mg angestiegen, weil in der Spree über 300mg/l drin war. Das war die Folge gringerer Regenfälle im Jahr 2014 und 2015.

Der Betreiber der Braunkohletagebaue Vattenfall hatte der Spree zu viel schwefelhaltiges Wasser zugegeben, was dann zu diesem Effekt des Anstiegs des Sulfats geführt hat.

Nach einer veröffentlichten Studie der Bergbau-Verwaltungsgesellschaft, gehen 54% der Sulfat-Einträge in die südliche Spree auf die aktiven Tagebaue und den Betrieb der Kraftwerke des Vattenfall-Konzerns zurück. Um im Trockenem baggern zu können, senkt der Betreiber den Grundwasserspiegel in den Kohlegruben und pumpt das so genannte Sumpfungwasser mitsamt dem Sulfat in die Grubenwasseranlagen. 30% der Sulfatlast stammen aus den still gelegten DDR-Tagebauen, in denen sich der künstlich abgesenkte Grundwasserspiegel jetzt wieder hebt.

Quelle: [http://www.deutschlandfunk.de/streit-um-braunkohle-tagebau-berliner-trinkwasser-in-gefahr.724.de.html?dram:article\\_id=329760](http://www.deutschlandfunk.de/streit-um-braunkohle-tagebau-berliner-trinkwasser-in-gefahr.724.de.html?dram:article_id=329760) , 31.8.15

## **Feinstaub in China**

In China nimmt die Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke und Verkehr stark zu. Pro Tag sterben in Folge des Feinstaubes über 4.000 Menschen, Tendenz weiter steigend, wie eine aktuelle Studie der US-Umweltorganisation Berkeley Earth ergeben hat. 38% der chinesischen Bevölkerung atmen - gemessen an US-amerikanischen Standards - im

Schnitt "ungesunde" Luft ein. Dies verursache in China pro Jahr vorsichtigen Schätzungen zufolge 1,6 Mio. Todesfälle.

Quelle: [http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/feinstaub-bringt-4.000-chinesen-pro-tag-ins-grab.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20August%202015%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/feinstaub-bringt-4.000-chinesen-pro-tag-ins-grab.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20August%202015%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) , 15.8.15

### **Meeresmüll**

Die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten haben anlässlich ihres Gipfels Anfang Juni 2015 in Elmau einen G7-Aktionsplan zur Bekämpfung der Vermüllung der Meere beschlossen und sich ausdrücklich zu konkreten Maßnahmen verpflichtet.

Zurzeit befinden sich schätzungsweise 100 bis 142 Mio t an Abfällen in den Meeren. Es handelt es sich vor allem um Verpackungsmaterialien sowie um Abfälle aus Fischerei und Schifffahrt. Etwa Dreiviertel davon bestehen aus Kunststoffen. Jährlich kommen derzeit bis zu 10 Mio t hinzu.

Quelle: BUM, <http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/g7-staaten-erarbeiten-massnahmen-gegen-meeresmuell.html> , 3.8.15

### **Regenwald**

Wie brasilianische Medien unter Berufung auf Regierungsangaben berichten, wurden zwischen August 2013 und Juli 2014 insgesamt 5.012 Quadratkilometer des noch vorhandenen Regenwaldes komplett abgeholzt.

Dabei enthalten die Zahlen allerdings nur die von den Bundesbehörden dokumentierte Vernichtung kompletter Flächen. Der Kahlschlag in einzelnen Bundesstaaten blieb unberücksichtigt.

Höhepunkt der Rodungen war 2004 gewesen, damals gingen 28.000 Quadratkilometer Regenwald verloren. Der Regenwald im brasilianischen Amazonasgebiet besteht heute aus 300.000 Waldfragmenten. Den Extraverlust an Kohlenstoff durch den Effekt der "Degradation" berechneten Wissenschaftler auf etwa 600 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in zehn Jahren. Derzeit umfassen die verbliebenen Waldflächen am Amazonas, in Zentralafrika und in Südostasien zusammen noch immer eine Milliarde Hektar. Das entspricht etwa der Größe der USA. Wird die Entwaldungsrate nicht gesenkt, ist bis 2050 der weitere Verlust von mindestens 100 Millionen Hektar Primärwäldern zu befürchten, heist es in einem neuen Club-of-Rome-Bericht.

Regenwälder stabilisieren das globale Klima; sie speichern große Mengen Kohlenstoff und sorgen so für einen natürlichen Kühleffekt. Genau diese Fähigkeit droht der Amazonas-Regenwald zu verlieren.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/19403-zweimal-das-saarland-abgeholzt> , 18.8.15

### **Ermittlungen gegen Netzpolitik.org**

Das Bundeskanzleramt ist bereits im April über drohende Ermittlungen gegen Blogger informiert worden. In der Affäre um das Internetportal „Netzpolitik.org“ hätte das Bundeskanzleramt frühzeitig bei den drohenden Ermittlungen gegen Journalisten eingreifen können, hat es aber unterlassen. Die Regierungszentrale war von der Anzeige des Verfassungsschutzes bereits knapp einen Monat umfassend informiert, bevor der Generalbundesanwalt ein Verfahren wegen Landesverrats einleitete.

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/politik/ermittlungen-gegen-netzpolitik-org-kanzleramt-kannte-strafanzeige-frueh/12186442.html> , 13.8.15

## **Vorratsdatenspeicherung erneut beschlossen**

Mit der Vorratsdatenspeicherung sollen die Verbindungsdaten aller User, die bei der Telekommunikation, bei der Internet-Nutzung und im Mobilfunk anfallen, ohne konkreten Verdacht auf strafbare Handlungen gespeichert und den Strafverfolgern für Ermittlungen zur Verfügung gestellt werden. Eine deutsche Regelung musste nach dem Veto des Bundesverfassungsgerichts 2010 ausgesetzt werden. Der Europäische Gerichtshof verwarf Anfang April 2014 die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. Die große Koalition möchte die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland. Ermittler sollen gespeichert Verbindungs- und Standortdaten nicht nur nutzen dürfen, um etwa Terrorismus zu bekämpfen, sondern auch, um "mittels Telekommunikation begangene Straftaten" aufzuklären. Dies sieht ein Referentenentwurf vor.

Überraschend ist vor allem, weil nun wieder Bestimmungen auftauchen, die das Bundesverfassungsgericht bereits ausdrücklich gerügt hatte. Einschränkungen des Datenschutzes werden jetzt nur vorsichtiger formuliert.

Wie aus den Eckpunkten bereits hervorging, müssten Telekommunikationsfirmen Verbindungsdaten zehn und Standortdaten vier Wochen aufbewahren. Informationen und insbesondere IP-Adressen rund um "elektronische Post" dürften nicht gespeichert werden. Im Mobilbereich sollen Netzbetreiber auch die Daten vorhalten müssen, "aus denen sich die geographischen Lage und die Hauptstrahlrichtungen der die jeweilige Funkzelle versorgenden Funkantennen ergeben". Diese betreffen Angaben zur Netzplanung, die nötig seien, um Funkzellenbezeichnungen bestimmten geografischen Bereichen zuordnen zu können. Erfasst sind von dem Entwurf auch die internationalen Kennungen für mobile Teilnehmer für den anrufenden und den angerufenen Anschluss (IMSI) sowie die Pendants der Endgeräte (IMEI).

"Gefahrenabwehrbehörden" sollen mithilfe der auf Vorrat aufbewahrten Angaben auch Nutzerinformationen über die "manuelle Bestandsdatenauskunft" bei Providern direkt abfragen dürfen. Eine Richtergenehmigung ist in derlei Fällen anders bei sonstigen Abrufen nicht vorgesehen.

Nach der jüngsten Änderung der entsprechenden Norm werden von der Bestimmung auch dynamische IP-Adressen erfasst, nachdem das Bundesverfassungsgericht hier eine Regelungslücke gesehen hatte. Telekommunikationsfirmen dürfen seitdem Netzkennungen den Inhabern von Internetzugängen automatisiert zuordnen und dafür ins Fernmeldegeheimnis eingreifen. Nicht verwendet werden könnten die gespeicherten Daten in diesem Rahmen, um Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen oder zu verhindern. Den Vorstoß zu befristen, hält das Ministerium nicht für sachgerecht, eine Evaluierung für entbehrlich. Der Entwurf sehe ja "eine statistische Erfassung der vorgenommenen Ermittlungsmaßnahmen vor". Sollte daran Änderungsbedarf erkennbar werden, würden "die Strafverfolgungsbehörden die Justizressorts informieren". Die Initiative soll nun im Eilverfahren binnen der nächsten zwei Wochen vom Bundeskabinett beschlossen und noch vor einem Parteikonvent der SPD im Juni erstmals im Bundestag beraten werden.

Quelle: [http://www.heise.de/newsticker/meldung/Vorratsdatenspeicherung-Abruf-auch-bei-Internetstraftaten-2651524.html?wt\\_mc=rss.ho.beitrag.atom](http://www.heise.de/newsticker/meldung/Vorratsdatenspeicherung-Abruf-auch-bei-Internetstraftaten-2651524.html?wt_mc=rss.ho.beitrag.atom) , 16.5.15

## **EU-Datenschutzreform**

Wir befinden uns in einer Phase, in der die Grundprinzipien des Datenschutzes zersetzt werden.

Am augenfälligsten ist, dass die jetzige Verhandlungsvorlage des Gesetzes das Prinzip der „Datensparsamkeit“, für das Datenschützer seit Jahrzehnten kämpfen, nicht mehr kennt. Die Industrie hat sich mit ihren Befürchtungen Gehör verschafft, wonach die so begehrten Big-Data-Anwendungen damit nicht mehr möglich wären.

Die nächste Großbaustelle ist die Zweckbindung, das große Mantra des Datenschutzes. Sie besagt, dass nur die Daten erhoben und verwendet werden dürfen, die dem Zweck dienen, dem der Betroffene zugestimmt hat. So darf etwa eine Telekommunikationsfirma nicht die für Abrechnungszwecke erhobenen Verbindungsdaten verwenden, um die Nutzer in anderen Fragen auszuspionieren. Dem aktuellen Stand des Gesetzentwurfes nach dürfen Unternehmen aber, wenn sie „legitime“ Zwecke verfolgen, die das Interesse der Nutzer überwiegen, genau das tun. Die Abwägung, welches Interesse nun überwiegt, bleibt dabei vor allem ihnen überlassen.

Auch dahinter stehen wieder Big-Data-Auswertungsprozesse, die erst während der Analyse einen möglichen Zweck erkennen und festlegen. Für Datenschützer ist das ein Unding. Ein weiteres großes Problem ist die Einwilligung: Ursprünglich war sie für jede Art der personenbezogenen Datenverarbeitung vorgesehen. In der aktuellen Fassung des Entwurfs wird nicht einmal mehr unmissverständlich erklärt, dass sie generell notwendig sei.

Quelle: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.eu-datenschutzreform-wer-soll-den-umgang-mit-den-daten-ueberwachen.6e59284e-1a24-441e-ae72-13dc4d9e489e.html>

### **Snowden-Appell an die IETF**

Der NSA-Whistleblower Edward Snowden hat sich an die Teilnehmer der 93. Tagung der Standardisierungsorganisation Internet Engineering Taskforce gewandt. Er appellierte, technisch der nächsten Generation von Angriffen auf die Infrastruktur vorzubeugen.

"Wir müssen Identität und Person dauerhaft voneinander trennen", beschwor Snowden rund 500 Teilnehmer der IETF. Allgegenwärtige Verschlüsselung von Inhalten, wie sie in 15 oder 20 Jahren Realität sein könne, nütze nichts, wenn gleichzeitig Metadaten eine Überwachung und Profilbildung erlaube. "Wir töten auf der Basis von Metadaten", zitierte Snowden den Ex-NSA-Chef Michael Hayden.

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Snowden-Appell-an-die-IETF-Schuetzt-die-Internetnutzer-2753289.html> , 20.7.15